

SPD 60 plus zur Rentenreform: Schritt in die richtige Richtung

Posted By [Redaktion](#) On 29. Januar 2014 @ 18:40 In [Politik](#)



Homberg. Die Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus Hessen Nord sieht den Beschluss des Bundeskabinetts zur Rentenreform als einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Wie der Vorsitzende der AG Siegfried Richter (Homberg) zum Ausdruck brachte sei es allerdings ein Fehler, dass erneut keine Erhöhung der Bundesmittel für die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) in dieser Legislaturperiode vorgesehen ist und auch danach nur in sehr eingeschränktem Maße erfolgt. In den Medien werde ständig von den angeblich hohen Zuschüssen des Bundes für die GRV geredet, dabei handele es sich um keine Zuschüsse, sondern um Teilerstattungen für Aufgaben, die nicht in den Leistungskatalog der GRV gehören, sondern durch die gesamte Gesellschaft zu tragen seien.

Unverständnis drückte Richter auch darüber aus, dass ständig geäußert werde, dass nur die junge Generation die Kosten von Leistungsverbesserungen in der GRV zu tragen hätte. "Es sollte doch langsam bekannt sein, dass Beitragserhöhungen in der GRV automatisch zu einer Senkung der aktuellen Rentenwerte führen. Darüber hinaus führen die Belastungen der GRV ständig zu einem Absenken der Renten. Die Bestandsrenten haben im Gegensatz zu den Arbeitseinkommen in den letzten zehn Jahren um mehr als zwölf Prozent an Kaufkraft verloren. Auch die bewusste Überzeichnung der demografischen Problematik für die GRV dient nur dem Ziel, die Renten der Bestandsrentner und zukünftigen Rentengeneration weiter zu senken. Nicht allein die Zahl der Geburten, sondern die Anzahl der angemessen bezahlten Vollzeit Arbeitsplätze ist entscheidend für eine nachhaltige Rentenentwicklung. Wichtig ist es, dass Arbeitgeber sich verstärkt um altersgerechte Arbeitsplätze und um den zukünftigen Fachkräftemangel kümmern. Auch eine gezielte Einwanderungspolitik kann und wird helfen, das Rentensystem zu sichern. Es ist an der Zeit, dass alle Generationen sich gemeinsam den Herausforderungen der jetzigen und zukünftigen Altersversorgung stellen", so Richter. (red)
